

Vom 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags

Schiller-Bäder geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Org.-g.-Beitrag für beide Ausgaben: RM 1,20 monatlich, RM 3,00 vierteljährlich durch den Verlag  
 Nr. 1, 2, 3 ohne Eingangsbeitrag RM 4,80 vierteljährlich durch alle deutschen Volkshochschulen einschließlich  
 der Fern- u. Tages-Volkshochschulen nehmend außerdem zuzugeln. Im Verzeichnis der Fernhoch- u. Tages-  
 Hochschulen 19 sowie bei Buchhändlern in allen Teilen der Erde; in Österreich bei den örtlichen Buch-  
 handlungen und in den benachbarten Nachbarländern und im Rheinland die betreffenden Instanzen, Kreise



Wangein-Preis für die Seife: 25 Wfg. für weiße Wangein; 35 Wfg. für schwarze Wangein; 1,25 Wfg. für braune Seifen; 2,50 Wfg. für schwarze Seifen. — Bei überhöhter Aufnahme unberührter Wangein in feinen Seifenständen stehender Nachsch. — Wangein-Wäsche: Für die Eltern-Ausgabe bis 12 Wfg. beträgt; für die Eltern-Ausgabe bis 12 Wfg. beträgt. — Für die Aufnahme von Wangein an vergrößerter Länge und Breite mit einer Größe übersteigt.

Berliner Abtheilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Lüben 6202 und 6203

Donnerstag, 21. Februar 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 88. • 66. Jahrgang.

1353 Geschütze, über 9000 Gefangene  
und umfangreichste weitere Beute.

Leal befehzt, Wolmar erreicht.  
Romno vom Feinde gesäubert.

W. T. R. Großes Hauptquartier, 21. Febr. (Amslich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppen Kronprinz Rupprecht und deutscher Kronprinz.

Vielsch Artillerie, und Minenwerfer-  
muse. Ein Vorstoß in den Argonnen hatte Erfolg.

**Heeresgruppe Herzog Albrecht.**  
An der schlingigen Front war die Kampftätigkeit in vielen Abschnitten zwischen der Selle und der Plaine gesteigert. Starke französische Abteilungen griffen am Abend unsere Stellungen bei Roncel, Rechicourt und Mouvaux an. An einzelnen Stellen drang der Feind ein. Unsere Infanterie warf ihn im Gegenstoß wieder hinaus und machte eine größere Anzahl Gefangene.

Südlich von Warlich brachten Sturmtruppen von einer Erkundung Gefangene zurück.

Östlicher Kriegsschanzplan.

Seereschuppe Fischhorn:

Von der Insel Moen aus sind unsere Regimenter nach Überschreiten des zugefrorenen Bundes in Etland eingedrückt und haben Geal besetzt.

Im Vormarsch dem Nigaischen Meerbusen entlang wurde Grnigel und Lemsaal erreicht. Bei Lemsaal kam es zu kurzem Kampf, in dem 500 Gefangene gemacht und 20 Geschütze erbeutet wurden. Beiden wurde durchschritten. Unsere Truppen rückten vor Wolmar.

Zwischen Danaburg und Pilsn sind wir im Fortdringen nach Osten.

Geetegruppe Linningen:

Die Bewegung geschloß vorwärts. An der ganzen Front wurden wichtige Bahn- und Straßenknotenpunkte besetzt.

Steno wurde vom Feind gefangen.

Die Beute läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Bisher wurden gemeldet:

An Gefangenen: 1 kommandierender General, mehrere Divisionskommandure, 425 Offiziere und 8700 Mann.  
An Leute: 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4 bis 5000 Fahrzeuge, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen, vielfach mit Lebensmitteln beladen, Flugzeuge und sonstiges unübersehbares Kriegsgesät.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

W. T.-B. Berlin, 20. Febr., abends. (Amflich.) Im Osten gehen die Bewegungen vorwärts.

Deutsche Truppen sind in Gstaad eingerückt.

Wenden wurde in östlicher Richtung durchschritten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch Schuld der Nationalliberalen.

Die einstweilige Abkündigung im Auschuß.  
(Von unserer Berliner Abtheilung.)

L. Berlin, 21. Febr. (Fig. Drahtbericht. Ab.) Einen Preussensieg der Wahlrechtsgegner nennt heute ein liberales Blatt das Abstimmungsergebnis in der gestrigen Beratung des Wahlrechtsausschusses. Damit ist in der That die Lage, in die sich Konservative, Freikonservative und Nationalliberale begeben haben, recht klar gekennzeichnet, und die Herren, die sich gestern mit der Regierung und dem Volk in Widerspruch stellten, werden zweifellos lange an diese Stellungnahme denken müssen, die auch in parlamentarischer Beziehung ihre recht unangenehmen Wirkungen haben dürfte. Die Nationalliberalen haben gestern den Ausschlag bei der Abstimmung gegeben. Am Vormittag hatten sie sich in einer recht erregten Fraktionsführung mit 44 gegen 24 Stimmen für den Rechtsabmarsch entschieden. Die vier Abgeordneten, die im Ausdruck den Antrag der Rechten anzahmen, waren die Herren Lohmann, Giesemann, Kurzer und Nödling. Allerdings erklärte Herr Lohmann, der Fraktionsvorsitzende, hinterher, daß die Abstimmung für die Nationalliberalen nur einen informativischen Charakter habe. Die beiden anderen Nationalliberalen, die diesen Schritt nicht mitmachten, waren die Herren Ludenig und Schröder (Baffel), der allerdings seine endgültige Abstimmung von dem

künftigen Gestaltung der Herrenhausvorlage abhängig gemacht wissen wollte. Auch der gestrigen Erklärung Dr. Friedbergs ist es wohl unzweifelhaft, daß die Regierung auch der neugeschaffenen Lage gegenüber fest bleiben und weiterhin zum gleichen Wohltat heben wird.

Dah ein Konflikt entsteht, ist sogleich noch nicht mit aller Bestimmtheit anzunehmen. Die „Reichs. Allg. Ztg.“ hat ja angekündigt, man wolle dem Parlament genügend Zeit lassen, über seine Entscheidung nachzudenken, und so wird wahrscheinlich der Geistesentwurf den geschäftsordnungsmäßigen Weg weitergehen. Ran wird die Vorlage im Ausschuss fortarbeiten, noch ein zweites Mal besprechen und sie dann dem Plenum zur zweiten Lesung übergeben. Dort dürfte die Abstimmung, selbst wenn die Mehrheit bei ihrer jetzigen Haltung beharrt, wohl etwas anders ausfallen als im Ausschuss. Das tatsächliche Ergebnis könnte sich indessen nicht ändern. Aber es ist wahrscheinlich, daß die Nationalliberalen ihre Stellungnahme noch korrigieren werden, worauf schon die Erklärung Lohmanns hinweisen scheint. Erst wenn das nicht geschieht und auch im Plenum die Wahlrechtsgegner sich nicht gewillt zeigen, den Regierungspunkt anzuerkennen, würde zu den verfassungsmäßigen Mitteln gegriffen werden, die zur Verfügung stehen und die durchzuführen die Absicht der Erntlings ist. Eine Auflösung des Hauses dürfte im Augenblick nicht in Betracht kommen, da man Neuwahlen während des Krieges nicht vermeiden wollen. Ran wird also wahrscheinlich mit der Auflösung bis zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse warten, das Abgeordnetenhaus nach Beilegung des Staatsvertrages und es völlig ignorieren.

### Die Ablehnung des Zusatzstimmenvorschlags durch die Staatsregierung.

W. T.-B. Berlin, 20. Febr. Im Wahlrechtsauschuß des Abgeordnetenhauses erklärte Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, es sei die Frage aufgetaucht, wie seine Antwort auf die Frage des nationalliberalen Abgeordneten, betreffend der Stellung der Staatsregierung zur Pluralstimme, die sich nicht auf Besitz oder Einkommen gründet, zu interpretieren sei. Bei der Ausdeutung, die seine Worte in der Presse gefunden hätten, wundere es ihn nicht, daß Mißverständnisse entstanden seien. Er habe auf die Anfrage erwidert, daß die Prüfung dem Staatsministerium vorbehalten bleiben müsse. Diese Prüfung habe inzwischen stattgefunden. Materiell sehe die Staatsregierung eine Zusatzstimme für Alter und Familienstand nicht für eine Verbesserung an. Es werde dadurch das Gefühl der Ungleichheit von neuem erweckt. Schon daher müsse die Regierung dringend davon abraten, sich auf diesen Boden zu stellen. Die Zusatzstimme für selbstständige Erwerbsthätigkeit halte die Regierung für eine verzeigte Besitzstimme, da für die Selbstständigkeit ein fundierter Erwerb vorhanden sein müsse. Der Vorschlag stehe daher im Widerspruch zu der Regierungsvorlage. Gegen die Bildungsstimme beständen zwei Anstände. Sie enthalte ein gewisses pekuniäres Element, denn im allgemeinen hänge es von dem Einkommen der Eltern ab, ob sie den Kindern eine höhere Bildung angedeihen lassen können. Es sei aber auch eine Ungerechtigkeit, die zu benachtheiligen, die von Hause aus nicht in der Lage gewesen wären, sich eine höhere Schulbildung anzueignen, später aber durch Fleiß und Thätigkeit es zu einer höheren Bildung gebracht hätten. Diese „Bildungsstimme“ sei daher richtiger als Vorbildungsstimme zu bezeichnen. Aber Annahme würde bei weiten Kreisen der Bevölkerung aufreißend wirken. Der Vizepräsident schloß: Aus allen diesen Gründen vermag die königliche Staatsregierung in den angedeuteten Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie würde die Noth, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern theils unerwünschte Ungleichheiten in die Vorlage hineintragen, theils das Wahlrecht viel stärker demokratisieren als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu komme noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzstimmen. Dadurch würde in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfs das gleiche Wahlrecht, verlassen, und auf das Pluralwahlrecht zurückgegriffen werden solle. Das liege aber nicht in der klar ausgesprochenen Absicht der königlichen Staatsregierung. Er könne deshalb die Zustimmung der königlichen Staatsregierung zu den Vorschlägen des nationalliberalen Abgeordneten nicht in Aussicht stellen.

### Die Abstimmungszeilen.

W. T. B. Berlin, 20. Febr. In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der konservativ-freikonservative Antrag auf Gewährung eines Mehrstimmwahlrechts mit 20 Stimmen gegen 15 Stimmen angenommen und damit der § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, für erledigt erklärt. Für den Antrag stimmten

12 Konservative, 4 Freikonservative, 4 Nationalliberale,  
gegen den Antrag die übrigen Mitglieder.

## Das neue Friedensangebot.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er gleich die Wahrheit spricht! Unter dem Vannfluche dieses Sprichworts steht das neue Petersburger Friedensangebot solange bis — ja, bis Sicherheiten dafür gegeben werden, daß kein Verschleppungsmanöver, kein Versuch vorliegt, den Vormarsch der deutschen Truppen aufzuhalten und das deutsche Volk abermals um den Vertrag zu prellen. Herr Trotsky muß es sich gefallen lassen, daß man sein Funkentelegramm und alles was diesen an drahtlichen und brieflichen Mitteilungen folgen wird, auf Herz und Nieren prüft. Oder ist Trotsky gar nicht mehr der Sprecher des Rates der Volkskommissare? Nach Meldungen, die sehr gegen den Willen der bolschewistischen Machthaber durchgeschlüpft sind, herrscht im Volkskommissariat viel Streit und Zwietracht. Genau wie in der französischen Revolution bekämpften sich an oberster Stelle verschiedene Klänge und Gruppen. Die Namen, die in aller Munde geführt werden, sind nur Figuren, hinter denen uneinige Strömungen gegeneinander ringen. Schon während der letzten Verhandlungen in Breit-Litonsk zeigte sich deutlich drei Richtungen. Die erste empfahl mit Rücksicht auf die innere Lage sofortigen Friedensschluß. Die zweite wollte nicht den formellen Frieden schließen, doch auch den Krieg nicht fortsetzen, sondern den Status quo möglichst lange beibehalten, ein weiteres Vordringen der Deutschen verhindern und auf die fortschreitende Revolutionierung der Zentralmächte hoffen. Diese Richtung wurde besonders durch die österreichischen Ereignisse gestärkt. Die dritte, welche die jüngsten, linksstehenden Bolschewisten umfaßt, aber doch eine große Anhängerzahl hat, forderte den revolutionären Krieg. Hat nun wirklich die erste Richtung, die sofortigen Frieden abzuschließen bereit ist, gesiegt? Und welche Männer vertreten diese Richtung? Eine russische Zeitung, die „Dielo Narodn“, beschäftigte sich kürzlich in ihrer letzten Nummer vor der Beschlagnahme mit der Zusammenlegung des Rates der Volksbeauftragten und kam zu dem Ergebnis, daß der eigentliche Leiter der auswärtigen Politik des Sowjetrates nicht Trotsky, sondern Radek und der eigentliche Präsident der maximalistischen Regierung nicht Lenin, sondern Steklow sei. Lenin und Trotsky würden mehr und mehr zu Außengeschehnern. In der inneren Politik würden die Direktiven von Steklow gegeben, während Trotsky gänzlich unter den Einfluß Radeks geraten sei. Sinter den maximalistischen Anlässen beginne sich ein Intrigenkampf zu entwickeln, der darauf ausgehen soll, Trotsky und Lenin tatsächlich zu beseitigen und Steklow und Radek auch offiziell in den Vordergrund der maximalistischen Bühne zu schieben. Auf diese Verschiebungen hat auch Stotskretär von Kuhlmann gestern im Reichstag hingewiesen, indem er ausdrückte, daß die Haltung der russischen Friedensunterhändler nicht durch Trotsky, sondern durch Radek entscheidend beeinflusst worden sei. Radek hat in seinen öffentlichen in der Presse seine wahren Absichten offen dargelegt und erklärt, daß von Machsiebigkeit gegenüber den Mittelmächten keine Rede sein könne. Radek war vermutlich der wirkliche Störenfried, der den Bruch des Waffenstillstandes mit Deutschland heraufbeschwor. Wenn der Rat der Volksbeauftragten jetzt neue Angebote macht, wird sich die deutsche Regierung die Unterschriften genau ansehen müssen. Unter Umständen kommt es zur Ablehnung bestimmter Persönlichkeiten. Deutschland als kriegsführende, siegreiche und vormarschierende Macht kann sich das erlauben. Ja, sie muß es nach den bisherigen üblen Erfahrungen. Gerade weil wir bisher von Petersburg nur betrogen und hinagehalten wurden, ist jetzt eine eiserne Politik am Werke. Die Grenzen unseres Einflusses reichen heute mit dem Rechte des Stärkeren weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, bis an die eisernen Mauern unserer äußeren Streiter für Deutschlands Größe und seinen Frieden — und darüber! Diese Tatsache müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir uns mit Nordrussland wieder auf Verhandlungen einlassen. Außerdem bleibt abzuwarten, ob die Nachricht sich bestätigt, daß die Leninische Regierung gestürzt ist und somit andere Persönlichkeiten das Schicksal Rußlands in die Hand bekommen haben.





